

Brocker, Manfred

Eine politische Idee der Universität heute?

Bartosch, Ulrich [Hrsg.]: Die Idee der Universität – heute. Passauer Perspektiven. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 221-232



Quellenangabe/ Reference:

Brocker, Manfred: Eine politische Idee der Universität heute? - In: Bartosch, Ulrich [Hrsg.]: Die Idee der Universität – heute. Passauer Perspektiven. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 221-232 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-289842 - DOI: 10.25656/01:28984; 10.35468/6071-27

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-289842>

<https://doi.org/10.25656/01:28984>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der:


Leibniz-Gemeinschaft

Manfred Brocker

Eine politische Idee der Universität heute?

1 Einleitung

Universitäten sind nicht nur wissenspeichernde „Tempel der Gelehrsamkeit“, sondern auch und zuallererst Einrichtungen der Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung. Um diese Aufgaben besser erfüllen zu können, müssen ihre Spielräume erweitert werden. Diese werden von der Politik zu eng begrenzt. Entsprechend müssen die Universitäten selbst *politischer* werden: als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ müssen sie sich für deutlich höhere Budgets, für Forschungsfreiheit, Internationalität und institutionelle Autonomie einsetzen, weil nur durch Wissenschaft, Forschung und Technologie unsere Zukunft gesichert werden kann. Universitäten haben des Weiteren die Aufgabe, die Suche nach Wahrheit in der Politik zu unterstützen und den politischen Diskurs zu sublimieren, handelt es sich doch bei der Demokratie um eine wissensbasierte Regimeform. Universitäten und Wissenschaft sind im weitesten Sinne die „Hüter der Wahrheit“. Zwar verlangt die Suche nach Wahrheit auch Zweifel, Kritik und Perspektivwechsel. Doch Zweifel müssen methodisch begründet sein und Kritik ist dann berechtigt, wenn sie um der gemeinsamen Wahrheitssuche willen erfolgt. Wir müssen darüber nachdenken, ob nachweisbar falsche Behauptungen im öffentlichen Raum nicht in gravierenden Fällen von den Universitäten gerügt und sanktioniert werden sollten.

Und schließlich sind Universitäten globale Einrichtungen und haben eine internationale Orientierung. Aber sie sollten sich hinsichtlich der beschriebenen politischen Aufgaben auch wieder stärker als regionale und lokale Institutionen verstehen. Universitäten müssen demzufolge in beiden Dimensionen gleichermaßen aktiv sein: Forschung und Lehre sind international ausgerichtet, während der Dialog mit Bürger:innen und Politiker:innen vor allem auf der nationalen und subnationalen Ebene geführt werden muss.

2 Zukunft als Gestaltungsraum: existenzielle Herausforderungen und die (politische) Rolle der Universität

Die Universität ‚politisch zu betrachten‘ heißt heute sicher nicht mehr, sie als Akteur in einem ‚universellen Emanzipationsgeschehen‘ zu greifen. Die hoch-

fliegenden Pläne und Erwartungen der post-1968er Jahre, die an die Hochschulen als Ausgangspunkt einer ‚neuen gesellschaftlichen Aufklärung‘ gerichtet wurden, haben sich nur zum Teil erfüllt. Unser Blick heute muss tatsächlich ein anderer sein. Deshalb wird es im Folgenden entsprechend nicht um die Verarbeitung des Nachlasses der 1970er Jahre gehen, der noch immer die gegenwärtige universitäre Wirklichkeit prägt. Die Auswirkungen der damaligen Vorstellungen von Universitäten als Bildungseinrichtungen für eine „Massenelite“ und von „egalitärer Bildung“ belasten bis heute Studierende wie Lehrende. Für den Massenbetrieb wurden die Universitäten nie ausreichend gerüstet und finanziert (vgl. Späth 2000).

Statt in die Vergangenheit zu schauen, soll hier von den Universitäten als *Agenten der Zukunft* die Rede sein. Denn es ist die Zukunft mit ihren Chancen und ihren Gefahren, die unser und das Leben der nachfolgenden Generationen prägen wird.

Deswegen müssen uns vor allem die *existenziellen Risiken* von den Universitäten und der Wissenschaft dringlicher als bislang geschehen vor Augen geführt werden. So wie dies etwa Stephen Emmott, Experte für rechnergestützte Prognostik, vor kurzem in seinem Buch „Zehn Milliarden“ mit klarem und hartem Strich – und damit für alle leicht nachvollziehbar – getan hat (Emmott 2013).

Sein Fazit: Die Menschheit gehe dem Ende entgegen. Grund sei das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, der Ressourcenverzehr und die Umweltzerstörung. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre werde, so Emmott, in den nächsten Jahrzehnten weltweit stark ansteigen und damit die Erde weiter aufheizen. Einerseits werde sich der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 mehr als verdoppeln, andererseits würden die zur Produktion von Mineraldünger erforderlichen Phosphatvorräte in wenigen Jahrzehnten zu Neige gehen (vgl. Emmott 2013, 52, 136). Der Wasserverbrauch im Jahr 2025 wird zehnmal höher sein als zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. Emmott 2013, 76-77, 88-89), was weitere Dürren hervorrufen werde. Hungersnöte werden ausbrechen (vgl. Emmott 2013, 128-130), große Teile Afrikas werden auf Dauer zu Katastrophengebieten werden. Am Ende, so Emmott, stehe das Überleben unserer Spezies auf dem Spiel.

Zwar zeichnen viele Publikationen gegenwärtig ein solch apokalyptisches Bild. Doch angesichts der tatsächlich bestehenden Gefahrenlage müssten es noch deutlich mehr sein! Und sie müssten das gesamte Spektrum der Gefahren beleuchten: Denn nicht nur wir bedrohen die Natur, die Natur bedroht auch uns: Die Möglichkeit kosmischer Katastrophen wie die Zerstörung der Erde oder ihrer Fauna durch Meteoriteneinschläge und Vulkanausbrüche, oder die Gefahr von Pandemien etc. lässt ja ebenfalls die Frage nach dem Überleben der Menschheit virulent werden. *Beide* Ursachenkomplexe bedrohen unsere Existenz und über *beide* muss die Wissenschaft intensiv aufklären!

Dass die Ängste in der Bevölkerung zunehmen, überrascht nicht. Doch obwohl Wissenschaft, Forschung und Technologie die einzigen Mittel sind, in diesen Gefahren zu bestehen, nimmt das Vertrauen in sie seit Jahren nicht zu.¹

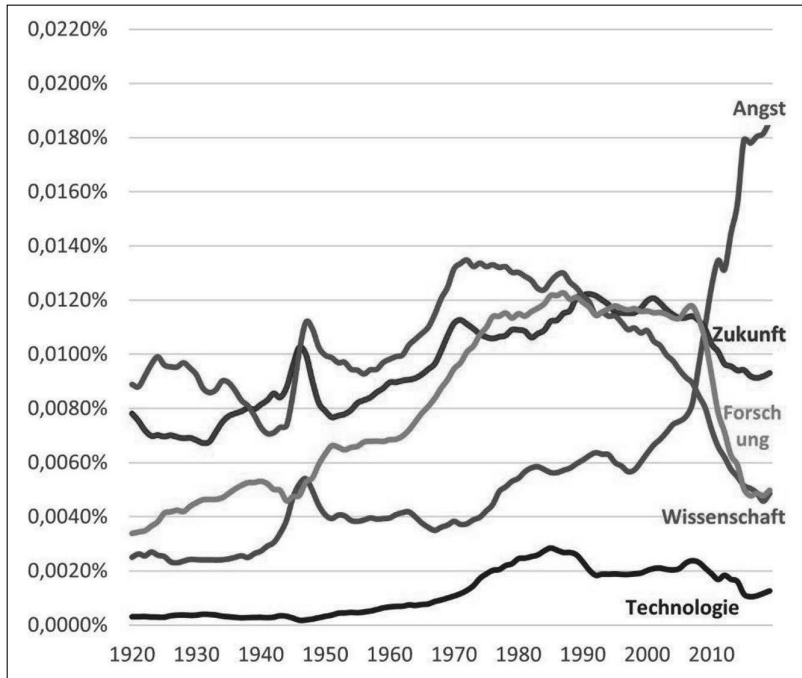


Abb. 1: Wortgebrauchsfrequenzen in Publikationen der letzten 100 Jahre.

Quelle: Google Ngram Viewer (o. J.) (Abrufdatum: 01.03.2022)²

Was mag der Grund hierfür sein? An mangelnden Erfolgen kann es nicht liegen, denn die gibt es zweifellos, wie nicht zuletzt die überaus schnelle Entwicklung von Impfstoffen zum Schutz vor der Coronavirus-Infektion Covid-19 gezeigt hat.

- 1 So sank der Anteil der Personen, die erklärten, der Wissenschaft zu vertrauen, zwischen 2018 und 2019 von 54 % auf 46 %. Nur 13 % gaben 2018 an, ihr „voll und ganz“ zu vertrauen. Durch die „Corona-Krise“ gibt es gegenwärtig allerdings einen Stroheffekt, der die „Vertrauens“-Werte 2020 und 2021 ansteigen ließ. Jedoch erklärten gleichzeitig 39 % der Befragten (2021), dass sie glauben, „Wissenschaftler sagen uns nicht alles, was sie über das Coronavirus wissen“ (vgl. Robert Bosch Stiftung 2021; Schnurr & Mäder 2020, V-VI).
- 2 Der Google Books Ngram Viewer präsentiert die normalisierte (relative) Häufigkeit von Worten oder Wortfolgen („n-grams“) in den von Google Books eingelesebenen (hier: deutschsprachigen) Texten eines bestimmten Jahres. Die Gebrauchsfrequenzen eines oder mehrerer „n-grams“ lassen sich auf dieser Datenbasis über bis zu fünf Jahrhunderte verfolgen und miteinander vergleichen.

Vielleicht sind Universitäten und Forschungseinrichtungen öffentlich nicht präsent genug? Vielleicht sind sie auch nicht gut genug darin, ihre Erfolge zu kommunizieren? Hier wäre das „going public“ in eigener Sache angeraten. Denn ohne die breite Unterstützung der Öffentlichkeit, ohne die Aufmerksamkeit von Parteien, Regierungen und Parlamentarier:innen kann der Quantensprung bei der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung nicht gelingen, der erforderlich ist, um unsere Zukunft zu sichern.³

Hier liegt denn auch eine der zentralen Aufgaben der Universitäten und Forschungseinrichtungen, ihre politische Rolle in Gegenwart und Zukunft: Das Vertrauen in sie zu fördern und ihre Problemlösungskompetenz in der Gesellschaft stärker bewusst zu machen. Als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ müssen sie deutlich sichtbarer auftreten und in der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür schaffen, dass sie nicht nur die Antriebsmotoren des wirtschaftlichen Wohlergehens im rohstoffarmen Deutschland sind, sondern auch die einzigen Mittel, um uns für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten.

Damit die Wissenschaftsinstitutionen, allen voran die Universitäten, diese neuen und gewaltigen Aufgaben übernehmen können, müssen die budgetären Voraussetzungen geschaffen werden. Dies wiederum erfordert die schonungslose Offenlegung der gegenwärtig bestehenden Existenzrisiken: die Klimakrise, die Umweltzerstörung, die bevorstehende Erschöpfung überlebenswichtiger Ressourcen, der mögliche Impakt erdnaheer kosmischer Flugkörper, das Ausbrechen neuer Pandemien etc. Denn nur eine Gesellschaft, die die Herausforderungen kennt und die uns bedrohenden Risiken realistisch einzuschätzen weiß, kann auch das Erfordernis massiver Budgeterhöhungen für unsere wissenschaftlichen Einrichtungen verstehen und ihnen zustimmen. Über die Budgets von Bund und Ländern wird politisch verhandelt. Also müssen sie, allen voran die Universitäten, in dieser Hinsicht politische Akteure werden.

Zu fordern ist allerdings eine *stetige* Steigerung der Budgets, unabhängig von Einzelereignissen und politischen Konjunkturzyklen. Denn kurzfristige „Love Affairs“ der Politik mit Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind Gift für die Wissenschaft, weil sie Forscher:innen abschrecken, Karrierewege unkalkulierbar machen und Humankapital zerstören. Das bekannteste Negativbeispiel in dieser Hinsicht war die Förderung der Weltraumforschung in den USA, die extreme politische Schwankungen aufwies und damit zum Friedhof für Karrieren, für wissenschaftliches und technologisches Know-how wurde.

3 Man darf meines Erachtens an dieser Stelle tatsächlich formulieren „um die Menschheit zu retten“, denn die bestehenden Gefahren bedrohen unzweifelhaft den Fortbestand unserer Spezies, vgl.: Leslie 1996; Steele 2001; Hansmeier 2011; Oeser 2011; Helfand 2013; Pfeleiderer u. a. 2018; Matern u. a. 2020; Broucker 2020; IPCC 2022.

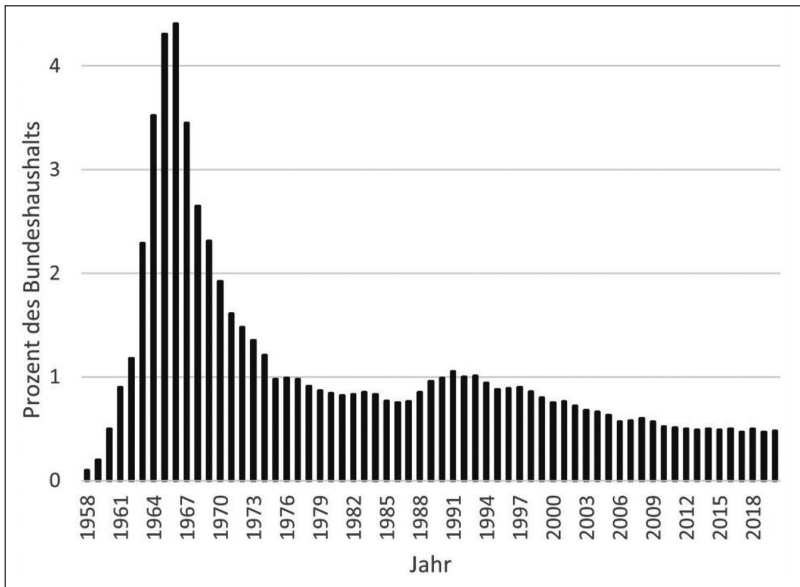


Abb. 2: Die Entwicklung des Budgets der US-Bundesbehörde für zivile Luft- und Raumfahrt (NASA) in Prozent des Bundeshaushalts der USA (1958-2020). Quelle: Wikipedia (o. J.) (Abrufdatum 02.03.2022).

Das Budget der NASA erreichte in der Mitte der 1960er Jahre (während des „race to the moon“) seinen Höhepunkt mit einem Anteil von über 4 % am Bundeshaushalt der USA. Nachdem der Sieg in diesem Rennen errungen war, verlor die Weltraumforschung schnell an politischer Unterstützung und das Budget der NASA wurde mehr und mehr gekürzt. Heute liegt der Anteil am Bundeshaushalt bei nur noch etwa 0,5 %.

Auch in Deutschland kommen solche politisch induzierten Schwankungen bei der Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Technologie vor (wenn auch nicht in diesem Ausmaß); doch selbst da, wo die Budgets mehr oder weniger konstant steigende Zahlen aufweisen, bleibt der Effekt gering, weil die Basisbeträge so niedrig sind. Was prozentual gelegentlich als respektables Wachstum erscheint, ist absolut gesehen – und im internationalen Vergleich – noch immer gering.

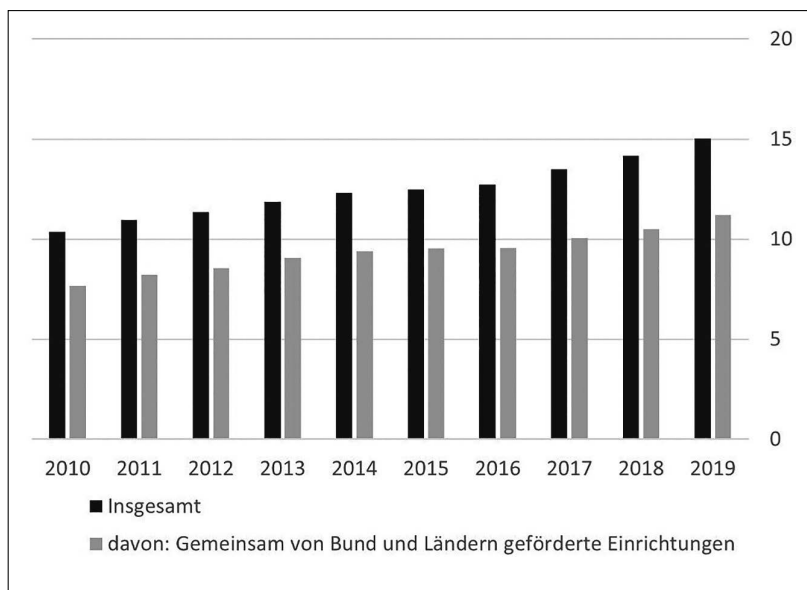


Abb. 3: Ausgaben für Forschung und Entwicklung von außeruniversitären Einrichtungen in Deutschland, 2010-2019 (in Mrd. Euro). Quelle: Statistisches Bundesamt 2021 (Abrufdatum: 17.03.2023).

So beliefen sich die Ausgaben der rund 1000 in die Statistik in Abbildung 3 einbezogenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland (darunter die Helmholtz-Zentren, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft) im Jahr 2019 gerade einmal auf 15 Milliarden Euro; in den USA standen allein der NASA (trotz aller Budgetkürzungen in den letzten Jahrzehnten!) im selben Zeitraum 21,5 Mrd. Dollar (19,5 Milliarden Euro) zur Verfügung.

Bei den Universitäten sind die Unterschiede besonders gravierend: Im Vergleich zu den Budgets (und den akademischen Erfolgen) amerikanischer Spitzenuniversitäten (Harvard, Yale, Princeton, Stanford etc.), aber auch europäischer Einrichtungen (Oxford, Cambridge, ETH Zürich etc.) sind deutsche Hochschulen hoffnungslos unterfinanziert und rangieren in internationalen Rankings regelmäßig „unter ferner liefen“. Von den 109,5 Milliarden Euro der hiesigen Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2019 entfielen 69 % auf den Wirtschaftssektor und nur 19,0 Milliarden (17,3 %) auf die Hochschulen (vgl. Statistisches Bundesamt 2021) (allein der Etat der Harvard University lag im Haushaltsjahr 2019/20 bei 5,4 Mrd. Dollar, und das Stiftungsvermögen bei ca. 40 Mrd. Dollar (vgl. Harvard University 2020, 7-8)). Zwar gab es in Deutschland gelegentlich

punktueller Zuwächse (nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten, man denke etwa an die Exzellenzinitiativen oder Söders Raumfahrtprogramm „Bavaria One“), doch die gewonnene Dynamik ging danach oft schnell wieder verloren.

Ohne dies hier im Detail weiter erörtern zu können, ist an die schon häufiger diskutierte stärkere Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung der Universitäten zu erinnern, etwa in Form eines Sockelbetrages, den die Länder aufstocken, wobei für beides jährliche Wachstumsraten festzulegen wären, unabhängig von kurzfristigen politischen Kalkülen, also etwa durch Änderung der Bundes- und Landesverfassungen. Die Zielgröße der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollte *zunächst* 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein und damit deutlich über dem von der Europäischen Union (EU, „Strategie Europa 2020“) festgelegten Anteil von mindestens 3 % am jeweiligen BIP eines Mitgliedsstaates liegen. In Deutschland wird diese (angesichts der zahlreichen vor uns liegenden Herausforderungen und Existenzrisiken viel zu niedrige!) Marke der EU schon seit 2019 erreicht (vgl. GWK 2021, 19).

Fazit: Die Universitäten müssen, politisch betrachtet, als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ agieren und für ihre Budgets und ihre Sache, die wissenschaftliche Zukunftsgestaltung und Zukunftssicherung, in den entsprechenden politischen Arenen werben. Sie müssen die Ängste der Menschen aufgreifen und deutlich machen, dass die Zukunft nicht nur des Industriestandortes Deutschland, sondern die *Sicherheit* und Prosperität der gesamten Welt an Wissenschaft, Forschung und Technologie hängen. Politik und Wirtschaft denken kurzfristig. Die Gestaltung der Zukunft braucht eine langfristige Orientierung. Diese kann nur von den Wissenschaftseinrichtungen ausgehen.

3 Die Demokratie als wissensbasierte Regimeform und die Aufgaben der Universität

In der Politik feiern gegenwärtig Lügen, Falsch- und Desinformationen, sogenannte „Fake News“, fröhliche Urständ. Das zersetzt nicht nur das Fundament der Demokratie, sondern öffnet auch der Beliebigkeit Tür und Tor. Die Universitäten müssen hier stärker als „Hüter der Wahrheit“ auftreten und sich als Korrektiv zu Wort melden (gegenüber den „Corona-Leugnern“, den Verschwörungsideologen, der esoterischen Pseudo-Wissenschaft etc.). Das heißt: Sie müssen ihren Platz im öffentlichen Diskurs einnehmen und Falschbehauptungen, Lügen und Desinformationen als solche entlarven.

Wenn die Wahrheit von Politiker:innen oder „Interessierten“ zur Disposition gestellt wird, um politischen Einfluss zu gewinnen oder an die Macht zu kommen, darf die Universität nicht schweigen, denn gesichertes Wissen und wie es erreicht werden kann, ist ihr ureigenes Metier. Sie muss Orientierung geben in „postfaktischen Zeiten“ und dem Missbrauch der Wissenssysteme in der Politik,

in Social Media und Internetforen entgegenzutreten. Nicht nur durch einzelne ihrer Wissenschaftler:innen, sondern als Institution. Dafür bedarf es natürlich der transparenten Verfahren, wer mit welcher Autorität wann in ihrem Namen spricht. Das Dilemma, das hier zu bestehen scheint, ist kein wirkliches: Zwar braucht die Suche nach Wahrheit auch den Widerspruch, den Zweifel, die kühne Idee, bisweilen das Schwimmen gegen den Strom. Wahrheit und Zweifel gehören zusammen. Der Zweifel ist der Wahrheit quasi inhärent. Doch nur wenn der Zweifel Methode hat, die Kritik um der gemeinsamen Wahrheitssuche willen erfolgt, sind sie berechtigt.

Seit Thomas S. Kuhn wissen wir, dass „normale Wissenschaft“ eine soziale, eine kooperative Angelegenheit ist (Kuhn 1981). Auf dieser Basis lässt sich ein Konsens zum (aktuellen) Stand der Erkenntnis gewinnen. Wissenschaftler:innen tun dies beständig, etwa als Herausgeber:innen wissenschaftlicher Zeitschriften bei der Qualitätsprüfung von Aufsatz-Angeboten, bei DFG-Anträgen mit der qualitativen Bewertung des „Standes der Forschung“, der Überprüfung der Replizierbarkeit von Daten, beim Prüfen von Plagiatvorwürfen etc.

Die mit einem Missbrauch der Wahrheit verbundenen Sanktionen müssten breiter angewendet werden: wer plagiiert oder Daten fälscht, muss ja schon heute mit Sanktionen seiner Alma Mater rechnen, bis hin zur Aberkennung akademischer Grade. Warum nicht das wissentliche Verbreiten falscher Behauptungen oder Informationen behandeln wie Plagiate, als Verstoß gegen das Ethos der Wissenschaft? Als minderschwere Ahndung (neben dem Titellentzug als Ultima Ratio), könnte man die öffentliche *Rüge* durch Universitäten einführen, um dem die Demokratie zersetzenden Einfluss der „Fake News“, Lügen und Desinformationen auf die öffentliche Meinungsbildung wirkmächtig entgegenzutreten.

Die „wehrhafte Demokratie“, die unsere Verfassung konstituiert, schützt uns vor einem Missbrauch der Freiheitsrechte, indem sie Extremisten Grenzen setzt. In diesem Sinne brauchen wir flankierend auch eine „wehrhafte Wissenschaft“.

4 Die Zukunft der Universität: regional, national, europäisch und global vernetzt

Wissenschaft und Forschung sind globale Angelegenheiten. Wir benötigen entsprechend mehr internationales Personal an den hiesigen Universitäten. Dies setzt entsprechende Recruiting-Initiativen und verbesserte Onboarding-Prozesse voraus. Englischsprachige Lehrveranstaltungen, englischsprachiges Personal in den Fakultäten (bzw. den Fachbereichen, Departments, Instituten etc.) und den Universitätsverwaltungen müssen eine Selbstverständlichkeit werden.

Über die globale Ebene braucht man nicht lange zu sprechen: Wir bewegen uns ja schon seit geraumer Zeit in die Richtung einer vollständig digitalen Weltuniversität, mit internationalen Online-Tagungen, Videokonferenzen, Vortrags- und

Lehrveranstaltungen. Studierende werden zunehmend in zwei Sphären leben: auf der einen Seite in einer internationalen digitalen Welt; auf der anderen Seite in einer analogen lokalen Welt mit kleinen Kursen, Face-to-Face-Unterricht, gemeinsamer Reflexion und praktischer Arbeit mit Dozent:innen und Kommiliton:innen vor Ort. Entsprechend werden sie zwei Sprachen sprechen: Englisch als *Lingua Franca* der digitalen Welt, und Deutsch als der primären Verkehrssprache ihrer lokalen Universität.

In der globalen „digitalen Weltuniversität“ werden zukünftig Einführungskurse für bestimmte Studieninhalte von wenigen Spitzenwissenschaftler:innen über ZOOM oder per Video als MOOC („massive open online course“) (vgl. Weingartner 2015) angeboten werden, was die Professor:innen anderer Universitäten von dieser oft leidigen Aufgabe befreien und mehr Zeit für die Forschung geben wird. Studierende in Köln, Regensburg oder Berlin buchen dann in Harvard, Oxford oder Shanghai Vorlesungen zur Mikroökonomie, Biochemie I, Analysis oder „Einführung in die künstliche Intelligenz“. Örtliche Dozent:innen ergänzen um individuelle Schwerpunkte und stehen für Fragen, Übungen und Betreuung zur Verfügung (vgl. Riederle 2019). Man verbringt entsprechend nicht mehr nur ein Auslandssemester in Madrid, sondern belegt innerhalb eines Semesters Kurse in Madrid, London und Mumbai. Die Zukunft gehört dem themen- und projektzentrierten, weniger dem lehrerzentrierten Lernen. Dafür suchen sich die Studierenden ihre Lehrveranstaltungen aus einem globalen Angebot zusammen – wobei die örtlichen Universitäten, an denen die Studierenden weiter eingeschrieben sind, die Auswahl vorstrukturieren werden.

Die globale Ausrichtung von Forschung und Lehre ist notwendig. Sie braucht das Englische. Aber auf der globalen Ebene werden keine Haushalte entschieden, Entwicklungsstrategien geplant oder Forschungsbudgets vergeben. Deshalb muss die Universität gleichzeitig eine lokale und regionale Institution sein. Auf diesen Ebenen muss die Universität die Bürger:innen und Politiker:innen von ihrer Sache überzeugen. Hier hat sie eine Bringschuld: Sie muss deutlich machen, welche existenziellen Probleme die Wissenschaft lösen kann, was ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung ist und wie sehr sie zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben gebraucht wird. Sie muss deshalb sehr viel stärker auf die Menschen in ihrer Region und ihrem Bundesland zugehen und zeigen, was sie zu leisten imstande ist.

Wissenschaft und Politik, Universität und Bürger müssen, zum wechselseitigen Vorteil, in eine engere Verbindung treten, damit nicht Fantasie bleibt, was der Astrophysiker und Wissenschaftsjournalist Harald Lesch von der Universität im utopischen Land „Phantasien“ erträumt:

„[D]a sich die Universität in Phantasien als eine Bildungsinstitution versteht, kümmerst sie sich natürlich auch darum, wie ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit kommuniziert und verstanden werden. Alle sind eingeladen, an großen Vorlesungen

über den neuesten Stand der Dinge teilzunehmen und so zu erfahren, was wir wissen und was wir noch nicht wissen. Meinungen und Positionen der Nicht-Studierenden werden eingeholt, die Fenster und Türen der Universität in Phantasien stehen offen. Fragen an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gesellschaft sind oft Anlass für neue Forschungsprojekte, auf deren Antworten alle warten. [...] In Phantasien hat man den Wert des ungestörten Forschens längst erkannt. Vor langer Zeit hat der Wettbewerb um ausreichende finanzielle Mittel aufgehört, die Gesellschaft sorgt dafür, dass genügend für alle da ist. Damit kauft sich Phantasien die Zeit, die oft nötig ist, um Probleme wirklich zu verstehen und damit die richtigen Entscheidungen zu treffen“ (Lesch 2022).

Weil die Universität in Phantasien auf vielfältigere Weise mit den Bürger:innen kommuniziert als dies bei uns heute der Fall ist, trägt sie zur Entfaltung einer strikt wissensbasierten Demokratie bei, die sich durch qualitative politische Diskurse, bessere Entscheidungen, einsichtsfähigere und anspruchsvollere Bewohner und eine höhere politische Bildung auszeichnet. „Damit liefert die Universität in Phantasien einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zu einem gedeihlichen Miteinander“ (Lesch 2022).

5 Ausblick

Kommen wir zum Schluss. Eine *politische Rolle für die Universität heute* bedeutet, so haben die Ausführungen deutlich machen wollen: Unsere Universitäten müssen öffentlich sichtbar werden, im internationalen wie im lokalen Raum (als „glokale Institutionen“). Sie müssen ihre Problemlösungskompetenz stärker ins allgemeine Bewusstsein rücken; in politischen Diskussionen als „Hüter der Wahrheit“ agieren und bewussten Falschmeldungen, Lügen und Desinformationskampagnen entgegentreten; und sie müssen als „Lobbyisten des Gemeinwohls“ jene Budgets und Freiheitsgrade einfordern, die nötig sind, um die *langfristigen* Überlebens- und Entwicklungsfähigkeiten unseres Landes sicherstellen zu können, die nicht allein der primär an kurzfristigen Erfolgen orientierten Politik und Wirtschaft überlassen werden dürfen.

Die Zukunft ist ein offener Gestaltungsraum, in dem sich unser Schicksal entscheidet. Nicht nur, weil die internationale Konkurrenz (etwa aus China und Russland) wächst, die in vielen Fällen mit Vorstellungen verbunden ist, die unseren europäisch-westlichen Werten widersprechen. Sondern auch, weil wir existenziell herausgefordert werden durch Krisen und Gefahren, die manchen als abstrakt und unwahrscheinlich erscheinen, die aber real und drohend genug sind, um auf sie zu reagieren. Hierzu bedarf es nicht zuletzt der vitalen, freien und gut ausgestatteten Universität, um für alle kommenden Fälle besser gerüstet zu sein.

Literatur

- Brocker, M. (2020): Flucht von der Erde. Kann man die Menschheit evakuieren? In: H. Matern & G. Pfeleiderer (Hrsg.): *Krise der Zukunft I: Apokalyptische Diskurse in interdisziplinärer Diskussion*. Baden-Baden: Nomos, 303-367.
- Emmott, S. (2013): *Zehn Milliarden*. Berlin: Suhrkamp.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) (2021): *Materialien der GWK, Heft 77: Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Teilziel der Strategie Europa 2020. Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE an die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern*. Bonn: GWK. Online unter: https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Sachstandsbericht_2021_Homepage.pdf (Abrufdatum: 09.03.2022).
- Google Books Ngram Viewer (o. J.): Begriffsuche: Angst, Zukunft, Wissenschaft, Forschung, Technologie. Online unter: https://books.google.com/ngrams/graph?content=Angst%2CZukunft%2CWissenschaft%2CForschung%2CTechnologie&year_start=1920&year_end=2019&corpus=31&smoothing=1 (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Hanslmeier, A. (2011): *Kosmische Katastrophen. Weltuntergänge? Was sagt die Wissenschaft dazu?* Graz: Vehling.
- Harvard University (2020): *Financial Report Fiscal Year 2020*. Online unter: https://finance.harvard.edu/files/fad/files/fy20_harvard_financial_report.pdf (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Helfand, I. (2013): *Nuclear Famine: Two Billion People at Risk? Global Impacts of Limited Nuclear War on Agriculture, Food Supplies, and Human Nutrition*. Online unter: www.psr.org/wp-content/uploads/2018/04/two-billion-at-risk.pdf (Abrufdatum: 01.03.2022).
- IPCC (2022): *Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability*. Online unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/> (Abrufdatum: 01.03.2022).
- Kuhn, Th. S. (1981): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Lesch, H. (2022): Ich habe einen Traum – Universität in Phantasien. In: *Forschung & Lehre* 2, 89.
- Leslie, J. (1996): *The End of the World. The Science and Ethics of Human Extinction*. London: Routledge.
- Matern, H. & Pfeleiderer, G. (Hrsg.) (2020): *Krise der Zukunft I: Apokalyptische Diskurse in interdisziplinärer Diskussion*. Baden-Baden: Nomos.
- Oeser, E. (2011): *Katastrophen. Triebkraft der Evolution*. Darmstadt: WBG.
- Pfeleiderer, G. & Matern, H. & Köhrsen, J. (Hrsg.) (2018): *Krise der Zukunft II: Verantwortung und Freiheit angesichts apokalyptischer Szenarien*. Baden-Baden: Nomos.
- Riederle, P. (2019): *Universität für die Zukunft*. Online unter: <https://www.philippriederle.de/blog/universitaet-zukunft/> (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Robert Bosch Stiftung (2021): Hohes Vertrauen in die Wissenschaft, Skepsis gegenüber der Politik. Online unter: <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/hohes-vertrauen-die-wissenschaft-skepsis-gegenueber-der-politik#:~:text=Das%20Vertrauen%20der%20Deutschen%20in,73%20Prozent%2C%2066%20Prozent> (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Schnurr, J. & Mäder, A. (Hrsg.) (2020): *Wissenschaft und Gesellschaft: Ein vertrauensvoller Dialog. Positionen und Perspektiven der Wissenschaftskommunikation heute*. Berlin: Springer.
- Späth, L. (2000): Die Universität und ihre Rolle für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In: Heinz Kunle & Stefan Fuchs (Hrsg.): *Die Technische Universität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift zum 175jährigen Jubiläum der Universität Karlsruhe (TH)*. Berlin: Springer, 407-411.
- Statistisches Bundesamt (2021): *Pressemitteilung Nr. 079 vom 23. Februar 2021*. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21_079_217.html#:~:text=WIESBADEN%20-%20Im%20Jahr%202019%20wurden,damit%20bei%203%2C2%20%25 (Abrufdatum: 17.03.2023).
- Steele, D. (2001): *Zielscheibe Erde. Wie Asteroiden und Kometen unseren Planeten bedrohen*. Stuttgart: Kosmos.

- Weingartner, M. (2015): Die Uni der Zukunft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2015.
Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/campus/hochschule-4-0-die-uni-der-zukunft-13947312-p2.html> (Abrufdatum: 17.03.2022).
- Wikipedia (o. J.): Budget of NASA. Online unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Budget_of_NASA (Abrufdatum 17.03.2022).

Autorenangaben

Manfred Bocker, Professor für Politische Theorie und Philosophie
an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; Vizepräsident für
Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs (2011-2014)
email: manfred.bocker@ku.de